

Branchendialog von GDA und IG Metall:

Beschäftigte der Aluminiumindustrie wollen sichere und faire Arbeit

Düsseldorf, 15. November 2017 - Wie können die Sozialpartner ihre Vorstellung von Industriepolitik in Einklang bringen und dabei die Fragen der Globalisierung, die neue Handelspolitik der USA, die Digitalisierung der Unternehmen und die Energiewende berücksichtigen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des „Sozialpartnerschaftlichen Branchendialogs 2017“ zwischen der IG Metall und dem GDA Gesamtverband der Aluminiumindustrie. Die Gemeinschaftsveranstaltung fand am 7. November 2017 in Essen statt und stand unter dem Leitthema "Industriepolitik braucht zukunftsfeste Rahmenbedingungen und gute Arbeit". „Unser Ziel ist ein Dialog aller Beteiligten, bei dem die Mitarbeiter im Mittelpunkt stehen, da es um die Zukunftsfähigkeit ihrer Arbeitsplätze in der Aluminiumindustrie geht“, erläuterte Gewerkschaftssekretär Bernd Lauenroth die Ziele des Branchendialogs. Christian Wellner, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des GDA verwies darauf, dass der Dialog helfe, gemeinschaftliche Ziele zu erreichen: „Es geht uns vor allem um die Sicherung der Arbeitsplätze an den deutschen Standorten. Voraussetzung hierfür sind Innovationen und Investitionen und nachhaltiges Wirtschaften.“

Bereits 2008 starteten der GDA und die IG Metall eine gemeinsame Diskussionsreihe mit dem Ziel, den effizienten Umgang mit Ressourcen zu fördern. Initiiert wurde die Diskussion vom Netzwerk Ressourceneffizienz, einer Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB); IG Metall und GDA zählen zu den Gründungsmitgliedern dieser Initiative. Seitdem sind der GDA und die IG Metall im Gespräch. 2016 setzten sie ihren Dialog mit einer Gemeinschaftsveranstaltung zum Thema „Industriepolitik und Qualifikation“ fort.

Die gute Kooperation zeigte sich auch im aktuellen Branchendialog "Industriepolitik braucht zukunftsfeste Rahmenbedingungen und gute Arbeit". Dort diskutierten Führungskräfte und über 80 Betriebsräte der deutschen Aluminiumindustrie über die Themen Industrie- und Energiepolitik. Themenblock 1 beschäftigte sich mit der Frage „Was wollen und erwarten die Beschäftigten in der Branche Aluminiumindustrie von den Sozialpartnern, insbesondere bei der Arbeitszeitgestaltung und Zeitsouveränität?“. Aus Sicht der IG Metall stellte Dr. Hilde Wagner, IG Metall Vorstand im Fachbereich Industriepolitik, neue Arbeitszeitmodelle wie die 28-Stunden-Woche vor. Hanne Simensen, Konzernvorstand Norsk Hydro ASA, Oslo, referierte über die Herausforderungen der Arbeitszeitgestaltung und die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben.

Themenblock 2 fokussierte sich auf "Politische Impulse zum Industriestandort Deutschland. Ein Weg in spannenden Zeiten - Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die Aluminiumindustrie".

Christoph Dammermann, Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium, stellte den „Entfesselungspakt“ der neuen NRW-Landesregierung vor und plädierte für „Zukunftsfeste Rahmenbedingungen der Industrie und Energiepolitik in Europa“. Die Standpunkte zur Kreislaufwirtschaft und Energiepolitik der Aluminiumindustrie stellte Thomas Reuther, Mitglied des Vorstands der TRIMET Aluminium SE dar. Er machte deutlich, dass die Aluminiumindustrie ein wesentlicher Faktor in der Wertschöpfungskette sei und Energie sicher, sauber und bezahlbar bleiben müsse. Christian Wellner arbeitet Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die Aluminiumindustrie heraus: „Der langfristige Erfolg von Werkstoff und Industrie hängt von neuen Lösungen und Produkten ab. Dazu gilt es, die Wertschöpfungsketten in ihrer Tiefe zu erhalten, damit auch in Zukunft in der vollen technologischen Breite die Produktion am Standort Deutschland stattfinden kann.“

Die abschließende Diskussionsrunde hatte die „Industrie- und Energiepolitik in Europa“ zum Thema. Teilnehmer waren Ralf Sikorski, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie, Michael Gessner, Abteilungsleiter Energie, Kerntechnik, Bergbau im Wirtschaftsministerium NRW sowie Thomas Reuther und Christian Wellner. Trotz unterschiedlicher Meinungen in Detailfragen waren die Diskussionsteilnehmer einig: Die Industrie- und Energiepolitik darf sich nicht auf die ökonomischen Rahmenbedingungen beschränken. Die Beschäftigten wollen sichere und faire Arbeit, also prekäre Beschäftigung verhindern sowie Leiharbeit und Werkverträge besser regulieren. Zudem ist nachhaltiges Wirtschaften wichtiges Ziel. Das setzt voraus, mit den Ressourcen sparsam umzugehen, ehrgeizige Klimaziele anzustreben und die regenerative Energieerzeugung auszubauen.

Ansprechpartner:

Georg Grumm
Information und Kommunikation

Gesamtverband der Aluminiumindustrie e.V.
Phone: + 49 211 47 96 160
E-mail: georg.grumm@alinfo.de